

den verantwortlichen Minister, zielt: Er sprach „der Landespolizei sein Vertrauen“ aus, rügte „äußerst negative Berichterstattung“ und verwahrte sich, in einem Telex an die Presse, „mit nachdruck“ gegen Versuche, das „nach wie vor hohe ansehen unserer polizei in der öffentlichkeit auf diese weise schmälern zu wollen (ausrufezeichen)“.

Die innere Sicherheit ist nicht das einzige Konfliktfeld der schwarz-gelben Allianz in Hannover, der Ärger der Liberalen über die CDU beschränkt sich nicht auf Skandalminister Hasselmann.

FDP-Mann Erich Küpker, 55, ehemals Wirtschaftsminister, kündigte Ende letzten Monats an, er werde gegen den Etat 1989 stimmen, falls, wie zu erwarten, die Neuverschuldung des Landes über der Investitionsquote liege.

Die Finanzlage des angeblichen „Aufsteigerlandes“ (CDU-Wahlwerbung) ist in der Tat desolat. Zwar beschloß die hannoversche CDU/FDP-Koalition angesichts der Schuldenlast von 40 Milliarden Mark, die Neuverschuldung (1988: 3,2 Milliarden) um jährlich eine Zehntelmilliarde Mark zu verringern. Dennoch würde es, errechnete FDP-Haushaltsexperte Küpker, 1250 Jahre dauern, bis Niedersachsen schuldenfrei ist – Zinsen nicht berücksichtigt*.

Sollte Küpker Ernst machen mit seiner Drohung, gegen den Etat zu stimmen, wird es eng für Albrecht. Denn die Koalition verfügt im Parlament über eine Mehrheit von einer Stimme.

Dabei muß sich Ernst Albrecht auch noch auf einen Parteifreund wie Kurt Vajen, 52, aus Brockel bei Rotenburg an der Wümme stützen. Der CDU-Landtagsabgeordnete, Bürgermeister und Vize-Landrat wurde am Dienstag vergangener Woche vom Landgericht in Verden zu 18 000 Mark Strafe verurteilt, wegen Widerstands gegen Polizeibeamte, vorsätzlicher Trunkenheit im Verkehr, Verleitung Dritter zur falschen eidesstattlichen Versicherung, Urkundenfälschung und Wahlfälschung.

Vajen hatte, so das Gericht, bei der Kommunalwahl 1986 in mehreren Fällen Briefwähler nicht nur dazu gebracht, das Kreuz in seinem Beisein an der rechten Stelle zu machen, sondern die Wahlscheine auch gleich für abwesende Verwandte ohne deren Wissen auszufüllen.

Das Vajen-Urteil, fand selbst die Hannover-Ausgabe der unionsnahen „Bild“-Zeitung, sei für die CDU eine „schwere

* Küpkers Rechnung: „Wenn wir in diesem Jahr eine Neuverschuldung von 3,2 Milliarden Mark haben, dauert es nach Adam Riese 32 Jahre, bis wir eine Neuverschuldung von Null haben. Das wird also im Jahre 2020 sein. Bis dahin beträgt die Gesamtverschuldung des Landes aber schon 90 Milliarden Mark. Wenn wir diesen Schuldenberg mit einer 100-Millionen-Rate abbauen, dann brauchen wir 900 Jahre. Doch durch die dritte Stufe der Steuerreform wird alles noch schlimmer. Wir kommen auf eine Gesamtbelastung von rund 125 Milliarden und brauchen dann 1250 Jahre, um Niedersachsen völlig schuldenfrei zu machen.“

moralische Belastung“: „Ohne Rücksicht auf die Ein-Stimmen-Mehrheit muß die CDU deshalb handeln.“ Die Partei ließ indes nicht erkennen, ob sie sich von dem Wahlmanipulierer trennen will.

Vajen selber reagierte, wie es mittlerweile üblich scheint in seiner Partei: „Das Urteil“, behauptete er, „ist durch Veröffentlichungen der linken Kampfpresse beeinflußt worden. Ich denke nicht daran, zurückzutreten.“

Die Liberalen müssen Vajen als nur schwer erträglichen Makel für die CDU/FDP-Zählgemeinschaft empfinden. Zunehmendes Unbehagen spüren Freidemokraten aber auch aus anderem Grund – wegen „zunehmender Klerikalisierung“ der Landespolitik.

WACKERSDORF

Goldene Regeln

Tausende von Einwendern gegen die atomare Wiederaufarbeitung erhalten Hilfe aus Österreich: Das Nachbarland attackiert Bayern auf allen Ebenen.

Alljährlich im Juli erlebt der ostbayrische Erholungsort Neunburg vorm Wald seinen Höhepunkt. Im Burghof des Pfalzgrafenstädtchens prallen mehr als 100 Laiendarsteller aufeinander, um den Kampf der Oberpfälzer gegen die einfallenden Hussiten vor gut einem halben Jahrtausend nachzustellen. Stets siegen die Einheimischen triumphal.



Erörterungstermin in Neunburg: „Aus München ferngesteuert“

Katholik Werner Remmers plauderte unlängst zum Ärger der FDP aus, er würde „dem Katholiken eher“ trauen, wenn er die Wahl zwischen gleich qualifizierten Bewerbern habe.

Fünf der acht CDU-Minister, rechnen Liberale vor, sind katholisch, dazu der Fraktionsvorsitzende der Union, Josef Stock, und der neue Regierungssprecher Fritz Brickwedde. Das sei, so ein FDP-Mann, „zu viel für ein evangelisches Bundesland“, in dem nur ein Fünftel der Bevölkerung katholisch ist.

Die Union könnte bald noch schwärzer werden. Sollte sich Ernst Albrecht aus der Landespolitik verabschieden, sei es vor den Landtagswahlen 1990 oder danach, würde die Favoritin für seine Nachfolge das Gewicht der Religionsminderheit im Norden noch verstärken: Auch Rita Süßmuth ist katholisch.

In dieser Festspielzeit jedoch stiehlt eine aktuelle Inszenierung dem historischen Schlachtendrama die Show. In Neunburgs Stadthalle wird seit Montag letzter Woche der zweite Erörterungstermin zur atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im nahe gelegenen Wackersdorf geboten.

Unter Regie des Bayerischen Umweltministeriums dürfen sich, wohl Weltrekord, rund 881 000 Einwender mit der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) um Konzept und Gefahren der Atomfabrik streiten. Das Ministerium, soviel steht schon fest, verfügt im hauseigenen Computer nun über ein komplettes Verzeichnis engagierter WAA-Kritiker.

Die Ausgangslage ist absurd. Während der seit 1985 währende Rechtsstreit um die erste Teilgenehmigung, jüngst vom Bundesverwaltungsgericht an den

Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen, in der Sache noch immer nicht entschieden ist, wird nun über neue Anträge gestritten. Nichts konnte bislang den Bau aufhalten. Rund zwei Milliarden Mark sind investiert, schon genehmigte Anlagenteile nach DWK-Angaben zu 80 Prozent fertiggestellt. Das 7500 Quadratmeter große Brennelemente-Eingangslager wird bereits rot verklankert und damit, so die DWK, „von Woche zu Woche schöner“.

Das Erörterungsspektakel, auf vier Wochen angesetzt, begann mit Tumulten. Etwa 3000 Kritiker drängten in die zu enge Halle, teils nach Rempelen mit dem geheuerten Ordnungsdienst, teils, wie der SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer, durchs Fenster.

Massive Kritik war schon im Vorfeld laut geworden. Bürgerinitiativen-Anwalt Wolfgang Baumann rechnete vor, die Genehmigungsbehörde habe für die Sichtung der Einwendungen im Durchschnitt höchstens eineinhalb Sekunden benötigt. Die „aus München ferngesteuerte Veranstaltung“, so Baumann, „zielt nur darauf ab, den Einwendern den Schneid abzukaufen“.

Als alle Anträge, die Darbietung in kommodere Räumlichkeiten zu verlegen, abgelehnt wurden, brach Protest los. Behelmte Polizei ging hinter den Kulissen in Stellung. „Bitte“, sprach der schweißüberströmte Veranstaltungsleiter Rudolf Mauker vom Münchner Umweltministerium flehentlich, „unterlassen Sie das Werfen von Tomaten.“

Mit einem bunten Faltblatt warben Umweltminister Alfred Dick, Chef der Genehmigungsbehörde, und Wirtschaftsminister Gerold Tandler zu Beginn des Schlagabtausches noch einmal für die Anlage. Bayerns Regierung handele „im Bewußtsein ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung“ für den Bund, die WAA sei beileibe „kein ehrgeiziges Projekt der Bayerischen Staatsregierung“.

Die Berufung auf Bonner Autorität, in Bayern ein Ereignis, zeigt, in welcher Bedrängnis sich die Regierung des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß sieht. Mißtrauisch äugen die Bayern nach Bonn, wo immer seltener Begeisterung für das Projekt laut wird. Das CSU-Kabinett hat berechnete Sorge, als letzte Streitmacht für eine WAA dazustehen, die Bundesregierung und Stromerzeuger in aller Stille längst abgeschrieben haben. Bundeskanzler Helmut Kohl wurde unlängst verpflichtet, sich im September mit Strauß zum Treuegelöbnis auf dem Wackersdorfer Bauplatz zu zeigen.

Persönlich getroffen hat Strauß vor allem der massive Protest aus Österreich, wo bald die Hälfte aller Einwendungen zusammenkam. Selbst Landeshauptleute, mit denen der Ministerpräsident einst zu jagen pflegte, haben sich wegen der WAA von Strauß abgewandt.

Die Landesregierungen von Wien, Tirol und Salzburg, Vorarlberg, Nieder-



Hr. Mauker

Dr. Specht

Veranstaltungsleiter Mauker (M.): „Unterlassen Sie das Werfen von Tomaten“

und Oberösterreich haben Einwendungen gegen das Projekt erhoben. Sepp Oberkirchner, Salzburger Umweltrat, forderte in Neunburg, „sofort den Bau der WAA einzustellen“. Wiens Bundesumweltministerin Marilies Flemming will ihre Bedenken gegen die WAA am Freitag dieser Woche persönlich in Neunburg vortragen – ein spektakuläres Novum im Genehmigungsritual bundesdeutscher Atomanlagen.

Österreichische Landesregierungen wurden letzte Woche auch anderweitig aktiv. Die Vorarlberger ließen dem Bonner Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) eine Aufsichtsbeschwerde gegen das Münchner Umweltministerium zukommen. Gemeinsam mit Umweltschutzorganisationen beantragten die Österreicher beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, den WAA-Genehmiger des Ministeriums, Josef Vogl, mit sämtlichen Gutachtern des TÜV Bayern vom Erörterungstermin auszuschließen. Vogl, so die Begründung, sei „in hohem Maße befangen“, dem TÜV gehe es „in erster Linie darum, der Behörde recht zu geben und die Einwendungsführer auszutricksen“.

Beleg für den Vorwurf ist den Antragstellern das Protokoll einer Besprechung beim TÜV Bayern vom November 1983, an der unter anderem der Projektleiter der Gutachter-Arbeitsgemeinschaft für die WAA teilnahm. Damals waren acht „goldene Regeln“ festgelegt worden, wie sich die TÜV-Gutachter bei Erörterungsterminen verhalten sollen:

1. Nicht der Behörde widersprechen.
2. Nichts sagen, wenn nicht dazu aufgefordert.
3. Vorrede der Behörde – soweit irgend möglich – bestätigen.
4. Kurze Antworten geben, Details nur soweit speziell gefragt.
5. Anderen Gutachteraussagen nicht widersprechen, auch wenn sie falsch waren.

6. Antworten für kritische Fragen, deren klare Beantwortung unzumutbar ist, vorbereiten.

7. Beantwortung von Fragen, die nicht zum Fachgebiet des Angesprochenen gehören, an den Projektleiter zurückgeben.

8. Strenge Disziplin hinsichtlich der vorgegebenen Ordnung.

Als Anlage zum Protokoll wurden den Gutachtern Formeln vorgegeben, wie sie in „kritischen Situationen“ den Einwendern antworten sollten:

-Können Sie die Frage wiederholen?

-Können Sie die Frage präzisieren?

-Aus meiner Sicht ist das keine Frage, die diesen Erörterungstermin betrifft, weil ...

-Diese Frage ist in unserem Hause bearbeitet worden, wir werden morgen in der Lage sein, Details vorzutragen.

-Wir werden diese Frage in der weiteren Begutachtung eingehend bearbeiten.

-Diese Frage kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Dazu sind die zu unterstellenden Voraussetzungen vorher zu klären.

Der TÜV Bayern, vom Umweltministerium befragt, spielte das Papier zur „Entwurfsfassung einer Diskussionsniederschrift“ herunter. Der Projektleiter sei versetzt, entschuldigte sich der TÜV, das Papier „mißbilligt“ worden.

Das Ministerium akzeptierte die dürftige Erklärung. Ministerialdirigent Vogl, Mitglied im Verwaltungsrat des TÜV Bayern, beschied einen Abgeordneten, es könne „prinzipiell nicht beanstandet werden, daß in einer Sachverständigenorganisation vor einem Erörterungstermin zweckmäßige Verhaltensregeln besprochen werden“.

Da wurde alter Spott wieder laut, der das Kürzel TÜV mit „totaler Übereinstimmungsverein“ übersetzt. Der „taz“ erschloß sich nach Ablehnung zahlreicher Anträge beim Erörterungstermin auch eine andere Abkürzung neu: „WAA – Wieder Alles Abgebügelt“. ♦